

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,55 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höhere Gewalt Betriebsführung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preisschritte oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Anzeigenzeile 40 Pfg., Ausnahmestunde 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe unentgeltlich geschiebener oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— M., das Ausland, zusätzlich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme donnerstags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 37

Donnerstag, den 26. März 1931

33. Jahrg

Das durch uns bestellte

trebsfeste Kartoffel-Saatgut

wird in Kürze vom Kornhaus Wittenberg geliefert werden. Die Kartoffeln sind an die Lieferstelle zu besetzen. Kemberg, den 24. März 1931.

36) Der Magistrat.

Bauholzverkauf in Oppin.

Wer im Stadtfort Oppin Bauholzkämme, einzeln oder in kleinen und größeren Vollen, kaufen möchte, wolle baldigst Angebote von Herrn Veigardenten Kolbe einfordern. Kemberg, den 25. März 1931

37) Der Magistrat

Schlechtervertrag und Offhilfegesetz.

Drei Minister reden im Reichstag.

Berlin, 24. März.

Präsident Eise eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Eingegangen ist ein Antrag des ärztlichen Ehrengerichts auf Genehmigung zur Einleitung eines Verfahrens gegen den Abg. Dr. Moles (Soz.). — Der Antrag wird dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

Das Haus nimmt zunächst die dritte Lesung des Reichshaushaltsplanes für 1931 vor.

Reichsfinanzminister Dietrich

macht sich den Kompromissantrag zur Frage der Sparermächtigung zu eigen. Er weist ausdrücklich darauf hin, daß sich diese Ermächtigung nicht erstreckt auf diejenigen Einnahmequellen, die auf gesetzlich festgelegten Ansprüchen beruhen. Diese Ansprüche können, wie er hervorhebt, nur auf dem von der Verfassung vorgesehenen Wege geändert werden.

Zu den Bedenken der Vertreter des Westens, daß die in den außerordentlichen Haushalt eingelegten 10 Millionen Mark für Wehrzwecke nicht verwendet werden können, erklärt der Minister, daß mit dem Verkauf dieser Grundstücke wahrscheinlich doch zu rechnen sei.

Darauf werden die einzelnen Haushaltspläne zur dritten Beratung gestellt.

Beim Haushalt des Auswärtigen Amtes gibt Abg. Dr. Reichardt (Soz.) eine Erklärung ab, in der er zu dem neuen Wirtschaftssabkommen mit Österreich betont, daß er eine sachliche Beratung dieses Abkommens nicht für angebracht halte. Wir wollen auch nicht erörtern, ob der Schritt gegenüber den anderen Mächten diplomatisch in der richtigen Weise vorbereitet worden ist. Ich glaube, daß wir dem Ausland gegenüber feststellen können, daß weder der deutschen noch der österreichischen Regierung der Vorwurf zu machen ist, sie hätten sich verträglich übernommenen Verpflichtungen entzogen oder ihnen zuwidergehandelt. (Beifall.)

Eine erste Bemerkung haben wir über die Behandlung des Reichstages in dieser Angelegenheit zu machen (Zustimmung). Wir verstehen durchaus, daß solche Verhandlungen nicht auf offenem Markte geführt werden können, aber eine frühere Unterrichtung der Reichstagsversammlung wäre doch wohl am Platze gewesen. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Redner fragt, warum die Regierung nicht den Auswärtigen Ausschuss des Reichstages unterrichtet habe, der doch nicht dazu da sei immer vor vollendeten Tatsachen gestellt zu werden, und bittet den Außenminister, in Zukunft bei ähnlichen Fällen etwas mehr Rücksicht auf die berechtigten Ansprüche des Reichstags zu nehmen. (Allseitige Zustimmung.)

Beim Haushalt des Reichsinnenministeriums

hebt Abg. Grube (Komm.) die Notwendigkeit hervor, der fürpöthlichen Erziehung der arbeitenden Jugend mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die Sozialdemokratie aber stelle sich gegen den Arbeiterpost.

Abg. Ulrich (Komm.) spricht von dem Stahlbau als einer Bürgerkriegsorganisation der Bourgeoisie. Das Volksgesetz ist für die allgemeine Mobilisierung des Nationalismus zum Kampf gegen die Arbeiterklasse.

Abg. Döhrig (Landvolk) stellt fest, daß die Beschimpfungen des Vorredners den Stahlbau nicht treffen könnten. Angenommen wird eine Entschädigung, in der die Länderregierungen erlucht werden, die Verpflichtung zur Einstellung von Berufsangehörigen durchzuführen. Beim

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums

verweist Abg. Schumann-Thüring (Komm.) auf die letzten Verhandlungen der Regierung mit den Regierungsparteien. Schon wieder werde der Versuch gemacht, den neuen Milliardenkredit durch weitere Einschränkungen in Höhe von 600 Millionen Mark beim Sozialetat zu verringern.

Abg. Epstein (Soz.) betont, daß die Kürzung der Mittel für den Wohnungsbau mit den im vorigen Jahre vom Reichstag beschlossenen Richtlinien zum Wohnungsbaunicht

in Einklang zu sein. (Beifall.)

Ohne Ausprache wird der Haushalt des Reichswehrministeriums in dritter Lesung erledigt. Die Abstimmungen über die Panzerfahrzeugsachen werden zurückgestellt. Sie sollen am Mittwoch erledigt werden. Ebenso soll am Mittwoch abgestimmt werden über einen inzwischen von der konstituierenden Reichstagsfraktion eingebrachten Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung.

Abg. Chwalek (Komm.) bringt beim Haushalt des Reichswehrministeriums Beschwerden über die Vorkämpfer der Reichsbahn vor.

Damit sind sämtliche Einzelhaushalte in dritter Lesung erledigt bis auf die Haushalte des Reichsfinanzministeriums, der allgemeinen Finanzverwaltung und den Kriegsaltenhaushalt, die am Mittwoch behandelt werden sollen.

In zweiter Lesung angenommen wird der Gehaltsaufschlag gegen Wehrmilitärbau.

Der Redner tritt aus der Rede des Verkehrsministers vom 19. Februar in die Erinnerung, daß der Minister vom Ministerium des Schönen Verkehrs völlig überfordert gewesen sei und daß die Reichsbahnverwaltung keine konkreten Fragen bisher nicht beantwortet habe. Angehörig sei der Vertreter des Verkehrsministeriums im Verwaltungsrat der Reichsbahn rechtzeitig über die Dinge unterrichtet worden. Wenn davon dem Minister keine Kenntnis gegeben worden sei, so müsse man fragen, wie der Minister ein solches Vorgehen zu führen gedenke.

Reichsverkehrsminister von Guérard

erklärt: Ich habe vorher keine Kenntnis von dem Vertrag gehabt. (Hört! hört!) Ich habe dann aber selbstverständlich den Vertrag eingesehen. Er greift ohne Zweifel erheblich in die außerordentlichen zehnjährigen Entschädigungs- und Währungsstellen.

Bei der Bedeutung des Vertrages habe ich selbstverständlich mit der Reichsbahn miterholt über die Angelegenheit verhandelt. Die Regierung wird sich nunmehr erneut mit dem Vertrag beschäftigen und ihre Beschlüsse werden auch öffentlich bekanntgegeben werden. Auf eine Zwischenfrage betont er erneut, daß nach Zustimmung der Reichsregierung der Vertrag der Genehmigung der Regierung bedürftig und ohnedies zwischen den Parteien rechtsunwirksam sei.

Die Abstimmung wird zurückgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Offhilfegesetzes und der damit verbundenen Gesetze

Minister Treveranus

führt aus: Die Offhilfe habe die doppelte Aufgabe, den in ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit bedrohten Gebieten neue Lebenskraft zur Wiederaufnahme ihrer gestörten Wirtschaftsbeziehungen zuzuführen, und ferner, die Landwirtschaft nach Möglichkeit vor den Gefahren zu bewahren, die veränderte Absatzbedingungen und Mangel an landwirtschaftlichen Preisen bei steigenden Löhnen ohne unmissbare Hilfe bringen würden. Es sei beabsichtigt, den jetzigen Geltungsbereich der Hilfsmittel möglichst umfangreich auszudehnen, sobald die Gleichmachung der Finanzlage des Reiches die Möglichkeit hierzu eröffne, eine Gewähr, daß von dieser Möglichkeit schon im nächsten Jahr auf weiten Gebieten Gebrauch gemacht werde, könne er jedoch nicht übernehmen.

Zur landwirtschaftlichen Entschädigung

erklärt der Minister, die Regierung habe die zahlreichen Pläne zur wirksamen Hilfe durch allgemeine Vorkostenentgeltung eingehend geprüft, sie aber verwerfen müssen, da die sehr großen Mittel von etwa 321 Millionen Mark bei 3 u. 5 Guthabende des Einheitswertes aus der Reichsstaatskasse hierfür nicht zu beschaffen seien. Die Regierung habe deshalb an der Kredithilfe durch Darlehen mit planmäßiger Entschuldung festgehalten.

Trotz schwerer berechtigter Bedenken habe sich die Reichsregierung entschlossen, auf die Einnahmen aus der Industrieaufbringungsumlage für die nächsten Jahre im Reichshaushalt zu verzichten. Dadurch sei die Möglichkeit gegeben, der Industriebank ein Zweidrittelvermögen von 500 Millionen Mark zur Ablösung der landwirtschaftlichen Verpfändungen in den stillgelegten Gebieten zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sollten 200 Millionen Mark durch Schuldverreibungen der Industriebank im Laufe des Jahres angebracht werden.

Die bare Hilfe des Reiches beruhe auf Jahresleistungen von je 36 Millionen Mark für die Haushaltsjahre 1931 bis 1938. Weiter sollten in den Jahren 1932 bis 1936 aus dem Reichshaushalt je 50 Millionen für den Landabverkauf verschuldeter Betriebe, zur Erhaltung und zur fortwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Der Minister betont die Einschaltung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung bei der Prüfung der Entschädigungsanträge und erläutert die ausgegebenen Zerschriften.

Die Reichsregierung wolle sich bemühen, gerade auf besonders dem Kleinbau die erforderliche Hilfe anzudeuten zu lassen. Die Reichsregierung müsse diese Opfer fordern, weil Siedlum des Ostens das Sterben des Ganzen im Gefolge habe.

Abg. Warne (Ztr.) betont, daß für den Osten die landwirtschaftliche Siedlung eine staatspolitische Forderung ersten Grades sei, zumal angelehnt der Politik Potens die Gefahr der Abwanderung immer größer werde. Es gelte im Ostlichen Osten eine zufriedene Bevölkerung zu schaffen, die sich auf der Spalte noch nicht habe, die Heimat zu verlassen. Die Regierung möge sich leisten lassen von dem Motto: Dies Land bleibt deutsch!

Abg. Hoerne (Komm.) führt die Not des Ostens auf eine verkehrte Regierungspolitik und besonders auf unzureichende Löhne für die Arbeiter zurück.

Abg. Seling (Soz.) erklärt, seine Fraktion habe sich die Offhilfe anders vorgestellt als das vorliegende Gesetz. Man hätte nicht nur der Landwirtschaft, sondern der ganzen Wirtschaft des Ostens helfen sollen. Die Sozialdemokratie verlange, daß auch dem Klein- und Mittelbau geholfen werde.

Abg. Hönnetes (Ztr.) schildert die besondere Notlage der Landwirtschaft und des Gewerbes in dem abgeklärten Ostpreußen.

Abg. Dr. Pfleger (Bau. W.) bespricht den Aufwand des Reiches für das Offhilfegebiet aus dem Offhilfegesetz und aus den Etatsmitteln des Reiches auf weit über 1100 Millionen allein aus Reichsmitteln.

Reichsminister Treveranus erklärt, der Jugenbergrap. sei trotz des Fernbleibens der Bestimmung von der Regierung geprüft worden, aber diese Prüfung habe die Undurchführbarkeit und Unwirtschaftlichkeit des Projekts ergeben.

Abg. Freybe (Ztr.) betont, daß bei der Durchführung nicht nur die Reichsregierung, sondern auch die Reichsbank zur Verantwortung gezogen werden müsse.

Abg. Schick (Komm.) verweist auf die Ministerrede eine Würdigung der fürchtbaren Notlage der Kleinbauern, Siedler und Erwerbslosen in Ostpreußen.

Abg. Hillebrand (Hospitalier der Staatsp.) macht der äußeren Rechte den Vorwurf, daß sie durch ihr Verhalten den Zustand des Reiches im vorigen Jahre verheerend und durch den Übergang vieler landwirtschaftlicher Erzeugnisse verschuldet habe.

Am 17. März wird die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr, vertagt.

Um die Vertagung des Reichstages.

Sitzung des Reichstages.

Berlin, 25. März.

Der Reichstag des Reichstages hielt eine Sitzung ab, der eine Besprechung des Präsidenten und einiger Vertreter der Parteien mit dem Reichsminister vorausging. Hauptgegenstand der Beratungen des Reichstages war die Frage der Reichstagsvertagung, über die aber noch keine Vereinbarung erzielt wurde.

Dem Reichstag wurde der Wunsch der Regierung vorgebracht, den Reichstag bis zum Oktober zu vertagen. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, da verschiedene Fraktionen noch zu dieser Frage Stellung nehmen wollen. Es gilt aber als wahrscheinlich, daß eine Mehrheit für die Vertagung bis zu einem bestimmten Tag im Oktober zustande kommt. Eine frühere Einberufung des Reichstags würde dadurch nicht unmöglich gemacht, da eine Mehrheit immer die Einberufung durchsetzen kann.

Der Arbeitsplan für die nächsten Tage ist vom Reichstag am Freitag abgelehnt worden, daß die Arbeiten des Reichstages am Freitag abgelehnt werden können. Einige Reste und die Schlußabstimmung werden erst am Mittwoch erledigt. Weiter wird im Reichstag auf den Antrag verhandelt, das Bild-Bild aus dem Reichstag zu entfernen. Der Reichstag hat sich dahin geeinigt, daß das Bild hängenbleibt.

Aus dem Preussischen Landtag.

Severing über die Reparationszahlungen.

Berlin, 24. März.

Am Preussischen Landtag griff der preussische Minister des Innern, Severing, bei der zweiten Beratung des Haushalts des Innenministeriums in die Ausprache ein, um sich zu verschiedenen von den einzelnen Parteien angebotenen Fragen zu äußern. Er kam dabei auch auf die Reparationszahlungen zu sprechen und unter seinem Standpunkt etwa wie folgt: Wenn die Reichsregierung, wie von den Reichsparteien gefordert wurde, eine Erklärung abgeben würde, sie wolle nicht weiter zahlen, so müßte man sich doch fragen, wie die darauf folgenden Maßnahmen der Schuldübernahme ausfallen würden. Jedenfalls habe die Regierung einen viel leichteren Stand bei künftigen Verhandlungen, wenn sie vorher den guten Willen zur Erfüllung betonen habe.

Eine Regierung, die erklärt, sie wolle nicht erfüllen, könne auf Erleichterungen kaum hoffen. Es erhebe ihm allerdings fraglich, ob nicht vielleicht die Reichsregierung schon heute Schritte tun müsse, um eine Revision der Verpflichtungen zu erreichen. Der Minister bezeichnet die Behauptung als falsch, es hätte er in Reich höhere Reparationszahlungen für möglich gehalten, als Ministerpräsident Braun im Landtag als äußerste Grenze angab. Er betonte, daß der Innenminister als rechter Polizeiminister heute in erster Linie dafür zu sorgen hätte, daß die Gemeinden nicht unter der Last der Wohlhabenderverworsolen-Fürsorge zusammenbrechen. Wenn jetzt durch eine Schwäche der Regierung begünstigt würde, daß es den Desperados

von rechts und links gelange, die Weltöffentlichkeit dahin irre zu führen, daß Deutschland vor einem neuen Bürgerkrieg stehe, dann würde der bereits nach dem 14. September bemerkte Kapitalabfluß aus Deutschland, der die Konturreizung unmöglich machende hohe Zinsen zur Folge hatte, noch verstärkt werden.

Den kommunalistischen Entschließungsantrag auf Abberufung des Duisburger Oberbürgermeisters Jarres wies der Minister zurück.

wobei er es als Anflug bezeichnet, wenn Stadtorde-nungen-Verjammlungen Mißtrauensanträge gegen ihren Oberbürgermeister annehmen.

Der Minister gibt dann nochmals seinen grundsätzlichen Standpunkt zur Beamtenpolitik dahin bekannt, daß der preussische Staat sich besonders in dieser Zeit nicht gefa-hren lassen dürfe, daß er von innen heraus durch seine Be-amtenfäule unterhölet werde.

Zum Stahlfabrik-Vollbesetzen auf Landtagsauflösung jagt der Minister, er kenne dem deutsch-völkerverfeindlichen Antrag zu und gebe die darin verlangte Erklärung ab, daß die preussischen Beamten sich in die Listen einzeln und an der Listafabrik teilnehmen dürfen, „soweit dabei nicht die den Beamten durch ihre besonderen Pflichten gezogen Grenzen überschritten werden.“ Mit dieser von der Volkspartei selbst formulierten Einschränkung werde der Antrag erfüllt werden.

Es sei gefahrlos, so sagen die Minister des Reichs und Preussens lebten an ihren Plätzen. An dieser Notzeit sei nicht zwar jeder auf dem Posten ausstarren, auf den das Vertrauen des Volkes ihm stelle. Revidiere das Volk seine Anschauung, dann würden die Minister nicht an ihren Posten bleiben, sondern, allerdings mit anderen Waffen als die Rechte, aber frei von der Bürde, die sie in schwerer Zeit getragen haben, einmal wieder agilitieren.

Reichsregierung wird ermächtigt.

Spartkompromiß gefunden. — Um die Steuern und Zölle. Berlin, 24. März.

Im Uterauschluß des Haushaltsauschusses kam es über die von der Deutschen Volkspartei beantragte Sparermächtigung für die Regierung im Haushaltsgesetz zu einer Einigung. Es gelang, eine Formulierung zu finden, die auch die Zustimmung der Sozialdemokraten fand. Danach wird nicht die Reichsregierung allgemein, wie es die DDP verlangt hatte, sondern nur die gegenwärtige Regierung ermächtigt, falls sich gegenüber dem Haushaltsvor-schlag im Laufe des nächsten Monats Verhandlungen oder Min-derereinigungen ergeben, entsprechende Eingriffe an der Ausgabenliste vorzunehmen. Die Zuerückweisung gegenüber dem ursprünglichen Antrag besteht also in der Beschränkung der Ermächtigung auf die jetzige Reichsregierung. Damit ist die Annahme des Gesamtelms im Reichstag mit einer großen Mehrheit, zu der u. a. sowohl Sozialdemokraten wie Deutsche Volkspartei gehören, gesichert.

Der Kaiser führte weiterhin lange Verhandlungen mit den Fraktionsführern, um die in der Frage der Spar-maßnahmen. Namentlich wurde die Frage erörtert, was geschehen soll, nachdem im Reichstag die Steuererträge der Sozialdemokraten angenommen worden sind. Ein parlamentari-scher Ausweg zeigte sich nicht, insofern ist damit zu rechnen, daß der Kampf um die Steuererhöhungen nunmehr in den Reichstag verlegt wird.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Reichsregierung sich bemühen wird, den Reichstag zur Ein-legung des Eintrags gegen die Steuererhöhungen des Reichs-tags zu bewegen.

„Das Loch im Süden.“

Ein Schreiben Graf Kalkreuths. Berlin, 24. März.

Der Präsident des Reichslandbundes, Graf von Kalk-reuth, hat ein Schreiben an den Reichstagspräsident, in dem er u. a. folgendes zum Ausdruck bringt: Die Einzelstet-ten der geplanten Zollunion sind aus den Presemitteilun-gen noch nicht zu entnehmen, jedoch sind einzelne Ausfüh-rungen der angehenden amtlichen Mitteilung geeignet, bei uns Befürchtungen darüber hervorzufragen, daß der für die deutsche Landwirtschaft unentbehrliche Schutz gegen die aus-ländische Agrar Konkurrenz, ohne den eine Sicherung des Binnenmarktes und ein Absichererhalten der deutschen Wirt-schaft unbedenklich ist gefährdet sein könnte. Die bisherigen Mitteilungen lassen erkennen, daß an der am weitestgehenden

Grenze beider Länder Zölle in Zukunft grundsätzlich nicht mehr erhoben werden sollen.

Es fehlt jedoch an der Erklärung darüber, inwieweit eine Sicherung gegen das Einführen agrarischer Waren anderer Länder über Deutsch-Oesterreich geboten wird. Die Gefahr eines „Loches im Süden“ liegt daher sehr nahe.

Zwar besteht auch von Seiten Deutsch-Oesterreichs auf einigen agrarischen Produktionsgebieten eine Konkurrenz-möglichkeit für die heimische Landwirtschaft. Jedoch könnte dieser Gefahr dadurch begegnet werden, daß Einträge gleichartiger Erzeugnisse aus anderen Ländern durch ent-sprechende Erhöhung der Zölle und andere Maßnahmen stärker als bisher abgeriegelt wird.

Wir wiederholen, daß wir eine Zollunion mit Deutsch-Oesterreich auf das nächste zu begrüßen, daß wir hieran aber für unsere endgültige Zustimmung die Bedingung setzen müssen, daß die Einzelbestimmungen der Zollunion und im Zusammenhang damit die künftige Handhabung anseer-sonstigen Zoll- und Handelspolitik jedes Konkurrenzverhältnisses für die heimische Landwirtschaft auszufließen.

Wer heuchelt?

Frankreich mißt mit zweierlei Maß. Berlin, 25. März.

Der Pariser „Temps“ hat es als eine Heuchelei bezeichnet, wenn in Deutschland erklärt wird, daß die Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich sich durchaus im Rah-men von Raneuropa halte. Obwohl man in politischen Kreisen Berlins nicht geneigt ist, sich mit Anwürfen dieser Art auseinanderzusetzen, glaubt man doch hier einmal festhalten zu müssen, wie sehr das genannte französische Blatt mit zweierlei Maß mißt. Wenn Rumänien und Südrußland im Rahmen von Raneuropa Abmachungen treffen oder wenn beispielsweise in Griechenland eine Konferenz statt-findet, die im Grunde genommen die gleichen Ziele hat, dann ist nach französischer Auffassung natürlich alles in Ordnung.

Sobald sich aber von deutscher Seite ähnliche Bestrebun-gen geltend machen, glaubt ein Teil der französischen Presse in allgeradebräuter Weise, darin eine „Bedro-hung“ Frankreichs sehen zu müssen.

Im Auslande ist weiterhin darüber Klage geführt wor-den, daß Deutschland und Oesterreich die Nachbarländer ge-waltmächtig vor ein politisches Schicksal gestellt hätten. Demgegenüber wird von zukünftiger Stelle in Berlin erneut betont, daß man mit Recht erst einen Vorvertrag ge-schlossen habe, um die Nachbarstaaten rechtzeitig ins Bild setzen zu können.

Im übrigen ist Deutschland ebensovornig offiziell z. B. von dem Zulammentreffen der Zollkonferenz benachrichtigt worden, ganz abgesehen davon, daß man es auch nicht für nötig gehalten hat, nach Abschluß der Konferenz Deutsch-land deren Ergebnis mitzuteilen. An der Sonntagskonferenz der deutschen Politik ist betont man in maßgebenden Krei-sen der deutschen Regierung, nämlich der Verbandsräte mit Frankreich, habe sich auch durch das Abkommen mit Oester-reich nicht geändert. Wenn man hingegen französischerseits immer nur Schwierigkeiten machen will, dann müßte man sich in Berlin überlegen, ob ein solches Verhalten auf der französischen Seite nicht zu einem ernsthaften Hindernis zur Erreichung dieses Verbandszweckes führt.

Ruhige Auffassung in England.

Die Kommentare der englischen Blätter lassen erken-nen, daß das Abkommen zwischen Oesterreich und Deutsch-land ruhig aufgenommen worden ist. Die Stellungnahme Englands geht aus dem „Daily Telegraph“ hervor, in der gesagt wird, daß der englische Botschafter an dem Schritt Frank-reichs, der Tschechoslowakei und Italiens nicht teilgenom-men, sondern erklärt habe, daß England gar nicht inter-esiert sei.

Amerikas Presse stimmt zu.

Die deutsch-österreichische Zollunion wird in Amerika, soweit Presseäußerungen vorliegen, in allerfreundlichsten Sinne begrüßt. Die „New York Times“ ist sogar begeistert. Das Blatt spricht von einer mutigen Tat, die zweifellos für beide Länder vorteilhaft und für die übrigen Nationen ein lehrreiches Beispiel sei. Das Abkommen sei der erste prak-tische Schritt rein wirtschaftlicher Art zur Bildung der von Briand angestrebten Vereinigten Staaten von Europa. Die durch den Friedensvertrag gewährleistete Unabhängigkeit Oesterreichs gebe der Wiener Regierung das unentbehrliche Recht, heranzugehen Zollabmachungen zu treffen. Deutschland und Oesterreich hätten jetzt mit der Niederlegung der Zoll-mauern begonnen.

In Rom: Keine Gefahr für Dritte.

Dem deutsch-österreichischen Zollabkommen wird von der italienischen Presse nach wie vor breiter Raum gegeben. Die Meinungen der italienischen Presse laufen im allgemei-nen auf den Stimmen und Veröffentlichungen der deutschen und österreichischen Blätter. Den ausführlichsten Bericht widmet der „Corriere della Sera“ dem Zollabkommen, de-ligen Hauptartikel in der auf Grund seiner Wiener Mitteilun-gen darlegt. Das Blatt hebt besonders hervor, daß das Abkommen keine Gefahr für Dritte darstelle, und bemerkt im übrigen, daß die Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich durch das Abkommen einen großen Fortschritt gemacht habe.

Französische Presse fordert Gegenmaßnahmen.

Paris, 25. März.

Abgesehen vom sozialistischen „Populaire“, der sich zum Verteidiger des deutsch-österreichischen Abkommens macht, legt die gesamte französische Presse ihren Kampf fort und fordert die französische Regierung auf, energisch durchzu-greifen, ehe es zu spät sei. Selbst alle linksgerichteten Blät-ter, das „Devois“ mitdarunter, sind vollkommen mit der chauvinistischen Geyprese.

Bezeichnendes Zischweigen.

Die französische Aktienpublikation zur Kriegsschuldfrage. Paris, 24. März.

Die französische Presse hat noch niemals einen politischen Vorgang so einseitig und beharrlich folgenlos geblieben wie die amtliche Aktienpublikation zur Kriegsschuldfrage in der Zeitschrift „L'Economie Nouvelle“. Trotzdem oder viel-leicht gerade darum kann festgestellt werden, daß die Ver-öffentlichung auch auf die französischen Reichstrie geradezu niederdrückend und atemberaubend gewirkt hat.

Hauptächlich beschäftigt man sich mit der Frage, was den Lucu d'Ornan gerade in diesem Augenblick zu diesen als Antrag die Rechte geeigneten Maßnahmen veran-laszt haben könnte. Im Verband französischer Kreise meint man, daß nur unermittelte Erklärungen möglich und ge-nügend schlichtig seien.

Die Beweisaufnahme

Es dabei etwa folgende: Briand habe sich gegen die Ver-dränger Luft schaffen und seine persönliche Stellung gegen-über dem Kriegsminister Maginot stärken wollen. Sowohl der Außenminister selbst wie Bethelot seien persönliche Feinde Poincarés, während Maginot dem ehemaligen Mi-nisterpräsidenten sehr nahe liege und stets auf dem Stand-punkt der poincaristischen Außenpolitik verblieben sei. Zum andern habe gerade Maginot als Präsidentenwahlkandidat der Rechte vielfach in den Vordergrund getreten und gegen Briand ausgespielt wollen. Genau sei die äußerste Rechte betraut gemeldet, einen direkten Schlag gegen Briand zu führen. Man habe den Weg gewählt, den englischen und italienischen Vertrauensmann des Außenministers, den augen-scheinlichen Vertreter des Journal offiziell, Georges Benelon, in dieser Woche vor den parlamentarischen Untersuchungs-ausschuss zu laden. Gleichzeitig hätten die führenden Per-sonlichkeiten dieses Ausschusses, Marin und Mandel, recht deutlich zu verstehen gegeben, daß sie diese Gelegenheit be-nutzen wollten, um Briand durch das Verhör seines Freun-des in starke Verlegenheit zu bringen. Die Antwort Briands sei nun vermutlich die dementsprechende Mitteilung, die die französische Reichstrie natürlich schon treffen mußte. Von inder Seite habe man die Abicht, eine Art Wahlkartell für die Präsidentschaft zu bilden, wobei man angeblich daran denke, die Kandidatur Briands gegen die Rechte zu führen.

Wichtig ist und bleibt für Deutschland die Tatsache, daß der Kreis der unentzogenen französischen Chauvinisten den Enthältungs über die Kriegsschuld Poincarés vollkommen hilflos gegenübersteht.

Die Erhebung der Zedigensteuer.

Die Erhebung der Zedigensteuer. Berlin, 24. März.

Das Reichsfinanzministerium weist darauf hin, daß die Ar-beitgeber auf Grund der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 verpflichtet sind, den Aufschlag zur Vorkühner der ledigen Arbeit-nnehmer, der ursprünglich am 31. März 1931 außer Kraft treten sollte, jedoch von ihm einen ungenügenden Ausdruck. Er lösten im Jahr 1931 weiterzuerheben. Der Aufschlag beträgt bei Zom-men, Gratifikationen und anderen einmaligen Einnahmen 1 o. 5, die gesamte Vorkühner also 11 o. 5, der einmaligen Ein-nahmen. Bei laufenden Bezügen ist der Bezugszuschlag wie bis-her zu berechnen.

UNSICHTBARE FESSELN

Roman von Jos. Schade - Hädicke.

11. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Maria gab jedoch ihren Mann nicht auf. Ein nach Tage sprach sie mit Viktor Krauß davon. Vielleicht hoffte sie, durch seinen Zutritt den Widerwillen der Freundin mit der Zeit doch zu beseitigen und sie für ihre Absicht zu gewinnen, denn ihr erschieden eine regelmäßige Tätigkeit als das einzige Heilmittel für Nies nervöse Ueberreiztheit.

Der Kaiser hörte mit seinem guten Zuhören zu und legte schließlich ihr die Hand reichend: „Das ist wirklich eine prächtige Idee von Ihnen“, denn für andere Armen wird hier herzlich wenig getan.“

„Bitte, Herr Kaiser, verzeihen Sie mich nicht!“ sagte sie, die dem Gespräch beimohnte, lachend. „Haben Sie für Ihre Armen schon einmal umsonst bei mir angefragt?“

„So was ist nicht gemein, meine liebe, gnädige Frau. Mit Geld allein find nicht alle Schäden heilbar. Ein wenig persönliche Anteilnahme bei unseren Armen und Kranken tut oft viel mehr, und davon haben wir hier bis jetzt wirk-lich sehr wenig gespürt.“

Maria fand bald Gelegenheit, sich praktisch zu betätigen. Nicht weit entfernt von der landrätlichen Villa stand ein kleines, buntes Häuschen, das von der Familie eines Fischhändlers bewohnt wurde. Viktor Krauß hatte sie auf diese Familie aufmerksam gemacht. Der Mann war wegen Diebstahls im Knäufel, den er aber wohl nur aus übergroßer Not begangen haben mochte, zu einer lebensnau-igen Gefängnisstrafe verurteilt worden, die er eben ab-lüfte. Seine Frau, eine kleine, schwächliche Person, war ge-zwungen, inzwischen den Unterhalt für sich und ihre vier kleinen Kinder selbst zu verdienen. Nun aber lag sie seit Tagen krank und in dem ärmlichen Heim beruht: die größte Not.

Als Maria zum erstenmal in diesen kleinen, halbdun-ken, dunklen Raum trat, wollte sie eine Schwänne-mandlung überkommen. Ein Gefühl des Eises lag in ihr auf-

beim Anblick des elenden Weibes und der vor Schmutz flarrenden Kinder, die sie sitzen aus entzündeten Augen anstarrten. Der Kaiser betrachtete sie alle diese Menschen.

Sie redete dem kranken, verzweifeltsten Weibe Wort zu und, ihres inneren Mitleidens nicht achtend, legte sie selbst Hand an, um wenigstens den größten Schmutz zu beseitigen. Sie mußte alle ihre Kräfte anstrengen, um die verquollenen Fensterläden zu öffnen, damit frische Luft in den dunkligen Raum kam.

Als sie sich in bedrückter Stimmung auf dem Heimwege befand, mußte sie sich selbst aufpassen, daß dies kein Anblick für die arme, kranke Frau war, da sie ihre eigene Ner-ven kaum handgehalten hätte. Sie ließ sich jedoch durch die Erfahrung nicht entmutigen.

Als sie der Freundin den ersten Besuch aus ihrer neuen Praxis mit allen Einzelheiten erzählte, wurde diese blaß und sagte: „Dahon mußst du nicht wieder zu mir sprechen, ich kann das durchaus nicht.“

Als war nichts nicht hartnäckig, sondern ging nur allen Unannehmlichkeiten der Leben möglichst aus dem Wege. Sie gab Maria weitgehende Vollmacht, über ihre Besuche zum Nutzen der Armen zu verfügen. Nur sie selbst wollte nichts davon hören. In diesem speziellen Falle gab sie auf die Erzählung der Freundin hin der Köchin Anwei-sung, täglich ein kräftiges Mittagessen für die arme Schnei-derfamilie mitzubringen und hübenherzuführen.

Maria ließ sich eine Nädhmaschine auf ihr Zimmer stellen und geschäftlich von ihren ersten Sachen einiges, am Kinder-gewand für ihre Schützlinge auszuheften. Zwar machte sie auch, dann aber mochte sie sich, unwillkürlich angesprochen, mit an der Arbeit und freute sich wie ein Kind über die niedlichen Sachen, die da aus Marias und ihren geschickten Händen hervorgingen. Als aber Maria sie anfor-derte, selbst mitzugehen, um die Sachen den armen Weib-chen hinzutragen, wehrte sie ängstlich ab. Und doch war der Anblick sein, ihre Schützlinge mehr.

Die arme Frau hatte sich durch die trügliche Nahung schnell erholt, so daß sie wenigstens ihren kleinen Haushalt und die Kinder sauber und in Ordnung halten konnte. Sie weinte vor Freude, als das junge Mädchen die Ge-

schichte überbrachte und auch die Kinder, die sich inzwischen an die „fremde Tante“, die ihnen stets etwas Gutes mit-brachte, gewöhnt hatten, saßen mit glänzenden Augen auf die Herkulesin.

Durch die Vermittlung des Kaisers bekam Maria bald weitere Pflegebefohlene, aber am liebsten ging sie nach wie vor in das kleine Häuschen zu der armen Schneiderfamilie, die sie fast wie ein höheres Weib verehrte.

Eines Tages wartete ihrer dort eine Uebertragung. Der Mann war plötzlich unerwartet nach Hause gekommen; man hatte ihm den letzten kleinen Rest seiner Strafe erlassen. Seine Frau mußte ihn wohl von den Wohlthaten Marias unterrichtet haben, denn er kam dem jungen Mädchen mit einer gewissen untertänigen Schen entgegen. Maria emp-fing jedoch von ihm einen ungenügenden Ausdruck. Er lösten ihr brutal und gewalttätig zu sein; die Kinder wagten sich in seiner Gegenwart kaum zu rühren. Auch glaubte sie zu bemerken, daß seine Frau mehr Angst vor ihm als Liebe empfand. Jedenfalls aber war er fleißig und sorgte für seine Familie. Von dem ersten Tage seiner Freiheit an nahm er die Arbeit, die sich ihm glücklicherweise gleich wie-der bot, sofort an.

Dagegen ihre Wohlthaten hier nun nicht mehr so drin-gend gebraucht wurden, gab Maria die ihr nach und nach liebgewordenen Besuche nicht lediglich auf, sondern sprach immer noch einmal in dem ärmlichen Häuschen vor, stets für die kleine, schwache Frau und für die Kinder irgendeine Erfrischung bei sich führend.

Bei diesen Besuchen war sie auch mit dem Schneider einmalig in ein Gespräch gekommen, und dabei fiel ihr auf, daß der Mann gegen den Landrat einen tiefen Groll zu empfinden schien; seine Wangen flammten häufiger, als er den Namen beseligen aussprach.

Ueber den Grund dieses tiefen Hassens dachte das junge Mädchen nach, als es jetzt langsam nach Haus schlenbert. Möglichst hätte sie höfliche Schritte hinter sich und aufblickend gewährte sie den, an welchen sie eben gedacht hatte — nämlich den Landrat.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat und dem Reich.

Kernberg, den 25. März 1931

Am Sonntag Palmareum werden konfirmiert:

- In Kernberg (Kroßf. Vertman): Helmuth Neynau, Walter Luitzsch, Ernst Wiebiche, Hildegard Badmann, Christine Diege, Helene Ethlich, Elisabeth Konrad, Eva Wölfler.
- (Pfarre Äpfeln): Erich Ballmann, Rudolf Hamann, Wilhelm Schmidt, Charlotte Äpfeln, Lucie Höfe, Dora Jäger, Johanna Krause, Elisabeth Wentz, Elisabeth Nicolaus.
- In Bernau: Theodor Janke, Eduard Koloff, Heinz Wilschlag, Erna Crucius, Martha Springer, Martha Weide, Erna Bock, Hildegard Puff, Charlotte Puff, Elli Müller, Wilma Hüllage, Martha Scholz.
- In Kötzschen: Willi Pannier.
- In Lobitz: Olga Robla.
- In Dorna: Arthur Jensch.
- In Dorn: Hildegard Bartschel-Jahn, Ilse Jost.
- In Scholitz: Charlotte Jägers.
- In Köthen: Erna Baumann.
- In Raditz: Paul Fischer-Gabitz, Hellmut Schulze, Arthur Müller, Käthe Donner.
- In Bietigau: Heinz Wolf.
- In Kammsdorf: Hildegard Braunsdorf.
- In Ullhausen: Alfred Graefe, Gerda Simon.
- In Schleien: Walter Sebecker, Elisabeth Grune, Antonie Derschl.
- In Rotta: Fritz Folge, Herbert Kunze, Gertrud Bönike, Charlotte Schumann, Elisabeth Weizwang.
- In Reuden: Alfred Albert, Max Seifert.
- In Lubitz: Bernhard Hebeling, Paul Hebring, Walter Zilling, Erna Müller, Erna Höfe, Elli Höfe.
- In Gniez: Margarete Lehmann, Hedwig Steinig, Elisabeth Springer, Bismeyer.
- Schnellin: Else Koppe, Engelene Läder.
- In Wernitz: Erich Alfmann, Wilhelm Pieber, Werner Sitte.

*** Wilder Winter — nasser Sommer?** Die Landwirte befürchten allgemein, daß infolge des mild verlaufenen Winters ein nasser Sommer einpflanzen wird. Ein Blätter in der Witterungszeitung zeigt, daß auf milde Winter sehr häufig ein regnericher Sommer folgte, doch finden sich auch gegenläufige Beispiele vor. Die Ansicht, daß auf einen milden Winter stets ein nasser Sommer folgt, ist in dieser Form gleichwohl teilweise richtig und meistens kommt es anders als man denkt.

*** Auf welche Art unerklärliche Schabenfeuer entzünden können,** möge ein Beispiel zeigen, über das der „Schmiedberger Zeitung“ wie folgt berichtet wird: Vor kurzem kam ich in die Küche und bemerkte einen brennlichen Geruch, etwa so, als ob ein Haarbrenner oder Lappen glimmte. Trotz eifriger Suche nach der Ursache fand ich nichts. Nach einer Weile kam mein Töchterchen herein und rief: „Nach der Scheunentenne brennt Strohh!“ Als wir hineinkamen, sahen wir unter Klümpchen mit angelegtem Schwanz ein Strohhölzchen. Das Tierchen hatte, wie es seine Gewohnheit war, unterm Ritzenbein gelegen. Durch einen herausfallenden Funken hatte es Feuer gefangen und war in seiner Angst durch die angelegte Tür hinaus in die Scheune gelaufen. Wäre die Katze nach oben auf den Strohhoden gelaufen, so hätte es niemand bemerkt und leicht konnte, da die Scheune voll Heu und Stroh, das größte Unglück geschehen.

*** Sport.** Am vergangenen Sonntag mußte die 1. Fußballmannschaft des Vf. B. eine unvorbereitete Niederlage von Vf. R. Pflanzerteg hinnehmen. Selbige waren nicht mit der 3. formation mit der vollständigen 2. Mannschaft erschienen, mithin eine Klasse höher als Kernberg. Da Kernberg leider wieder mit Ersatz antreten mußte, konnten die Pflanzerteger nach einem schnellen und faulen Spiel 5 : 3 (Halbzeit 4 : 0) gewinnen. Am nächsten Sonntag feiert das Revanchematch in Pflanzerteg, wo Kernberg in starker Besetzung antreten wird. Die 2. Mannschaft spielte am 15. 3. in Schindeberg und konnte einen schönen 7 : 0 Sieg mit ganz faulen Neuen. Am letzten Sonntag spielte die 2. Elf gegen Sportvereinigung 07, 3. die Weichnachten der hiesigen 1. Mannschaft knapp unterlag Wittenberg gewonnen 3 : 1; es ist jedoch anerkanntes, daß sich die 2. Mannschaft so gut gegen diese starken Gegner gehalten hat. In dieser Stelle spricht auch die Abteilung von Kernberger Sportfreunden ihren Dank dafür aus, daß sie unsere Sammlung zwecks Anschaffung der so nötigen Tornege unterstützt haben.

Commio. Der hiesige F.C. hatte sich vergangenen Sonntag verpflichtet, in Segreghina ein Freundschaftsspiel auszuspielen, was ihm aber bitter bekommen ist, denn er mußte sich mit 11 : 2 geschlagen bekennen. Segreghina ist noch ein viel zu flackerer Gegner für Commio, denn er spielt schon lange Jahre im Verband und bezieht schon Mannschaften wie Victoria Wittenberg und Wartenburg. Nächsten Sonntag spielt Commio auf eigenem Platz mit 2 Mannschaften wieder gegen Schmiedberg.

Sölligau. 21. März. (In diesen Tagen auch in höheren Lagen außerordentliche Fruchtbarkeit.) In zwei hoher gelegenen Ortsteilen, am Markt und auf dem Fichtberg wurden von einer Ziege 6 Junge und von zwei Ziegen je 5 Junge zur Welt gebracht. Bei allem ist alles gesund. Da die alte Geis naturgemäß nur zwei Junge auf einmal nähren kann, mußte zur Fläzche und dem Nudel geegiften werden. Das durch den allgemeinen Geburtenrückgang ins Hintertreffen geratene Milchschaf-Gehege dürfte durch Einnutzung der Tierwelt wieder zur

Blüte gelangen, was ja im Interesse der Glasindustrie zu wünschen wäre.

Düben. (132 Jahre im Schuhmacherhandwerk.) Die Schuhmacherwerkstatt Wilhelm Lohmann im Kolengäßchen konnte am 18. März auf eine 137jährige Handwerkerstätigkeit zurückblicken. Am 18. März 1798 nämlich wurde ein Vorfahr des jetzigen Inhabers zum Meister gesprochen. Heber die 50jährige Jubelfeier dieses späteren Ober- und Witwenmeisters Friedrich Lohmann gibt der Chronik im Anhang des „Ausgabe- und Ginnhaberebuches der löbl. Schuhmacher-Jungung zu Düben“ unter dem 14. Juni 1849 einen interessanten Festbericht.

Delishig. Gegen einen Baum fuhr ein Personnauto aus Leipzig, das auf schlipfrigen Wege ins Schleudern geraten war. Der Autofahrer, der selbst am Steuer gefahren hatte, mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Das Auto ist völlig zertrümmert.

Bitterfeld. Der Tod auf den Schienen. — Auf den Schienen der Straße Bitterfeld-Röhlitz wurde am Sonntag vormittag die Leiche des 65jährigen Schiffschrotlings Peter G. getötet, der auf Bitterfeld aufgefunden. Dem Toten war die Schädelschuppe zertrümmert worden. Man nimmt an, daß er sich in selbstmörderischer Absicht vor einen Zug gemorren hat.

Bismaratzen.

Brachwitz (Saalkreis). Der Arbeiter Wilhelm Meißner konnte in der Nähe des Brückenhäuschens am Saaleufer eine Bismaratte erlegen. Für eine erlegte Bismaratte wird eine behördliche Prämie in Aussicht genommen.

Vom Laufftrag geübt.

Delishig. Auf der Räumungstraße wurde zwei Radfahrer von einem Laufftrag, der sie überholen wollte, erfasst und auf das Pflaster der Geschleudert. Der eine der Verunglückten, der 15jährige C. A. hat aus Weichensels, erlitt einen schweren Schädelbruch und starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Der andere Radfahrer kam mit Hautabstüppungen davon.

Erfurt. Vermißt wird bei Monatsam, dem 16. März, der Fachlehrer beim hiesigen Arbeitsamt Josef Diehl, geb. 1888 zu Einz a. Rh. — Seit 21. d. M. ist der Elektrikerlehrling Ernst E. leblos, geb. 1913 zu Altenheim, wohnt in Erfurt, Schillerstraße 13, verschwunden. Der Vermißte fuhr am genannten Tage gegen 7.30 Uhr nach seiner Bestimmung, wo er aber nicht eingetroffen ist.

Merseburg. Die letzte Stadtordnungsbesprechung nahm einen äußerst stimmungsvollen Verlauf. Mehrmals wurden von der Bürgertribüne Zwischenrufe laut, so daß diese geräuschvoll wurde. Der Stadtordnungsleiter unterbrach die Sitzung auf fünf Minuten. Nach Wiederaufnahme wurde die Debatte über kleinere Vorlagen fortgesetzt. Ein kommunizistischer Antrag auf Bewilligung von Wirtschaftsbühnen für Erwerbslos wurde abgelehnt. Angenommen wurde dagegen der sozialdemokratische Antrag, die Besetzung des Ausschusses zu überweisen. Eine lebhafte Debatte löste die Erhöhung des Schulgebührens für die Mittelschule aus. Stadtordnungsleiter Meißner (M.S.D.P.) hatte einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, daß die Erhöhung des Schulgebührens nur für den Bau einer neuen Mittelschule Verwendung finden soll. In der Abstimmung wurde die Erhöhung des Schulgebührens und der Antrag auf Erbauung einer neuen Mittelschule abgelehnt.

Merseburg. Verbrechen vor 100 Jahren? — Spielende Kinder fanden beim Buhdalen am Abgang des Kemnathener Berges einen Schädel, der einem etwa zehn Jahre alten Kindes, das schon hundert Jahre in der Erde gelegen haben dürfte. Die Lage des Fundes sowie das Fehlen der Beine legen die Vermutung nahe, daß hier ein Verbrechen geschehen sein muß.

Deffau. Sozialdemokraten und Demokraten haben im Anhaltischen Landtag einen Antrag eingebracht, durch den der von der Volkspartei beantragte Volkseinsatz zur Auflösung des Landtags zurückgeführt werden soll. Im die Auflösung des Landtags zu erreichen, genügt es nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen, daß die Mehrheit des geltenden gesetzlich bestimmten Landtags, die die Besetzung des Landtags bestimmt. Der Antrag fordert daher, das Gesetz dahingehend zu ändern, daß der Volkseinsatz nur dann rechtskräftig sein soll, wenn die Mehrheit der über Haupt Stimmberechtigten sich zur Auflösung entscheidet. Das Ziel dieses in der Sache ist die Kommunisten. Wenn sie Stimmhaltung übten, ist der Volkseinsatz geldeitert.

Ceppolshausen. Kontursvergehen. — Gegen die Inhaber des Mitteldeutschen Wandvereins Stauffurt ist, wie verlautet, nach Beendigung des Vergleichsverfahrens nunmehr das Strafverfahren eingeleitet worden. Sie werden des Bankrottsvergehens beschuldigt. Der Zusammenbruch dieses Bankrotts, durch den der anhaltische Staat geschädigt wurde, erregte betrübliches Aufsehen.

Magdeburg. Zur Bänderung der Not weiter Bevölkerungsteile hat der Standozialdirektor der Reichsmehr eine Reichswehrhilfswoche angeordnet. Während dem soll 50 Kindern Mittagessen in der Kantine zur Verfügung gestellt werden. Seit dem 23. dieses Monats stehen bereits Soldatenkolonnen durch die Stadt, um Spenden aller Art entgegenzunehmen. Das Sammelergebnis der ersten Tage ist als verhältnismäßig gut zu bezeichnen.

Magdeburg. Der Schiedsgericht für die Eisenbahner. Der ersten Verhandlung von sechs Prozent festsetzen soll, ist von der Reichsregierung beabsichtigt, die Deutschen Reichsbahn als untragbar abgelehnt werden. Die Magdeburger Gausleitung der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner begründet den Beschluß der Arbeiterschaft und wendet sich energig gegen eine eventuelle Verbindlichkeitsklärung. Die Gewerkschaft erinnert in einer Resolution daran, daß dieselbe Reichsbahn, die die Köpfe ihrer Arbeiter herabschmeißt, die Bahnwagen der Reichsbahn um hundert bis 125 Prozent gesteigert habe und die gestiegenen Förderungen nach Herabsetzung der höheren Gehälter, Sperrung der Leistungszulagen und anderer unnötigen Ausgaben völlig ignoriere.

5000 Mark Belohnung für Brandstiftungsermittlung. Silberpauken (Zfr. Mülhausen). In der Nacht zum 1. März wurde auf dem Grundstück des Kaufmanns Robert K aufhold von unbekannter Hand ein Brand gelegt, der erheblichen Schaden anrichtete. Für die Ergreifung des Brandstifters ist eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt worden.

Nordhausen. Neuer Landrat. — Der Innenminister hat zum kommissarischen Landrat des Kreises Jilfeld Dr. M. D. d. h. a. u. f. ernannt. Der neue Landrat führt die S. P. D. an und kommt aus dem Kreis 9 r. o. d.

Sölda b. Nordhausen. Der vierjährige Knabe Kurt Sch. wurde am Samstag vor einem Personnauto die Straße überqueren wollte, wurde von dem Wagen erfasst und überfahren. Auf dem Transport in die Klinik starb der Knabe.

Die Leiche des 26 Jahre alten Landwirts Steinicke aus Pöhlungen, der seit einigen Tagen vermißt wurde, ist aus dem Mühlgraben bei Pöhlungen geborgen worden. Es handelt sich um freitod.

Herode (Miltarz). Das rätselhafte Verbrechen der Arbeiterin F. a. e. b. u. f. beschäftigt die Behörden. Heber der Debatte wurde bemerkt, daß die Leiche den Tod im Freibergischen Koff gefunden, wurde der ganze Graben ausgegraben, eine Zäugel, die die Feuerwehr mehrere Stunden ununterbrochen beschäftigt, ohne jedoch ein Ergebnis zu zeitigen. Nunmehr will man das ganze in Frage kommende Gelände durch Magdeburger Schupo nach einmal eingehend untersuchen lassen. Der Arbeiter K. a. u. f. der unter Verdacht im Stenbader Gefängnis sitzt, beteuerte nach wie vor seine Unschuld.

Der Arbeitsmarkt in Mitteldeutschland geht es wieder aufwärts?

Der Höhepunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit scheint mit der ersten Märzhälfte überwunden zu sein. Die Entlastung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtzeit jedoch noch stark von der Witterung beeinflusst. Stark und Schneewetter verhinderte nach der allgemeinen Arbeitsaufnahme in der Land- und Forstwirtschaft, im Bau- und Bergergewerbe. Bereits zurückgegriffene Saisonarbeiter wurden infolge der kalten Witterung der letzten Tage erneut dem Arbeitsmarkt zugeführt. Am 15. März wurden im Bereich des Landesbesitzes Mitteldeutschland 457 948 Arbeitsbeschäftigte (Vorjahr 308 748) gezählt. Die Zahl der Arbeitslosen ist also gegen Anfang des Berichtzeitraums um 455 Personen gefallen, trotzdem allein das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe einen Abgang von 1292, das Bekleidungs- und Schuhwerkgewerbe von 461 Personen zu verzeichnen hatte. Diese Rückgänge wurden durch das Wachsen der Beschäftigungstürme der Metallindustrie, des Bergbauwesens, des Bergbauwesens und der Angelernte — Zugang in der Metallindustrie 1092, im Bergbau 480, im Bergbau 451 und Angelernte 542 Personen — fast aufgehoben. Obgleich der Bergbau größere Einstellungen von Arbeiterpersonal für Breitere vornehmen konnte, wurde die Hochholerförderung für den Antriebsbedarf weiter eingeschränkt. Der Abgang im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ist auf den Rückgang von 1474 Tabakarbeiter und -arbeiterinnen zurückzuführen. Dieser Rückgang wurde sich nicht abgemildert in dieser Periodegruppe voll auswirken, da ein Teil der Schichtarbeiterinnen nach Fertigstellung der Oheraufträge die zur Ausfülle eingestellten Kräfte freisab.

Von den vorhandenen 457 948 Arbeitsbeschäftigten erhielten 238 455 = 52,1 v. H. (Vorjahr 219 406 = 71,0 v. H.) vericherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung und 74 227 = 16,2 v. H. (Vorjahr 23 610 = 7,6 v. H.) Unterstützung aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung. Die Zahl der Unterhaltungsempfänger der Arbeitslosenversicherung ist in der Berichtzeit um 6001 Personen gefallen, während die Kriegsverföuge einen Zugang von 5482 Hauptunterstützungsempfängern zu verzeichnen hatte. Außer diesen Unterhaltungsempfängern erhielten noch 19 582 Personen aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung eine Kurzarbeiterunterstützung.

Abbau der Begabtenförderung in Preußen.

Der nach nicht Zufriedenheit verabschiedete der Preussische Landtag das Gesetz über das Schulgeld an den öffentlichen höheren Schulen (Schulgeldgesetz). Das Gesetz regelte die Höhe des Schulgeldes in der Weise, daß es dem Dritten Teil der Rollen nicht übersteigen darf, die ein Schüler einer öffentlichen höheren Schule jeweils durchschnittlich verursacht. Die Regelung bedeutete gegenüber den bis dahin geltenden Schulgebührens vielerorts eine Erhöhung, doch war in dem Gesetz eine Bestimmung enthalten, die diese für viele Eltern unangenehme Lasterhöhung durch vom kommunizistischen Schulbauförderungsmitteln ein Viertel zur Förderung begabter minderbegabter Schüler bereitgestellt werden sollte. Bisher hatte für diesen Zweck nur ein Fünftel des Schulbauförderung zur Verfügung gestanden. Die Neuregelung bedeutete, daß jährlich etwa 1,2 Millionen Mark mehr als bisher für die Begabtenförderung in verklärtem Maße jungen Kindern eine bessere Schulbildung mit auf den Weg zu geben, nur von kurzer Dauer. Der Schulbeitrag im preussischen Haushalt zwingt zu einscheidenden Sparmaßnahmen. Ihnen ist nun auch die erweiterte Begabtenförderung, nachdem sie noch nicht einmal ein Jahr besteht, zum Opfer gefallen. Die Regierungsparteien haben einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht, der bereits vom Landtag verabschiedet worden ist. Die bittere Bile soll dadurch etwas verflüssigt werden, daß man den Werten der Begabtenförderung zunächst nur für zwei Jahre in Aussicht genommen hat.

... und ins Rotzbug den einen Namen! Warum das Gedächtnis belassen? ... im Rotzbug lassen sich doch alle Verletzungen heilen, auch wenn sie nicht heilen. Zu den höchsten Dingen gehört von jetzt ab auch ganz gewiss die neue Margarine von berühmten Aroma, größter Ergieblichkeit und zu niedrigem Preise. Das halbe Pfund kostet nur 35 Pfennige. Jeder Kaufmann hat mit einer lo zu bräunenden und feinsten Margarine gebietet. Also, gleich Savelle ins Rotzbug!

Achtung!

Verendete, krankes und nicht zum schlachten taugliches Vieh auch Ziegen, Kälber, Fohlen und Schafe

sind der Abbederei zur Abholung anzumelden. Zusturhandlungen werden gerichtlich bestruft. Meldungen erbitet unter Distretion und Belohnung

Walter Klein, Abbederei Wittenberg — Fernruf 2021

Poetzsch-Kaffee

frisch eingetroffen
W. W. Becker
Krankheitsheiler verkaufe oder verpachte ich meine unvermessenen
2. Hausgarten
Töpferstraße 9.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.

Dorna/Rotta, den 21. März 1931.

Willy Schröter und Frau
Agnes geb. Zimmermann.

Wenn Schmerzen Sie verfolgen

wie Ihr eigener Schatten, wenn

Ischias, Rheuma, Gicht, Nerven- oder Muskelschmerzen

mit fürchterlichen Qualen an die Gefahren der Krankheit mahnen, dann ist es höchste Zeit, etwas für die Gesundheit zu tun.

Der Sprung über den verhassten Schatten glückt!

wenn Sie unser unvergleichliches, ärztlich empfohlenes „Rheuma-Präparat“ nehmen.

(Best.: Asphen. Ac phenyl. chin. Calc. glycer. phosph. natr. gluconatod.)

Vorbei sind die Tage des Leidens: Jugend, Frische und Leistungsfähigkeit kehren schnell zurück. Angeregt durch die heilsame Wirkung kann sich der schmerzbehaftete Körper wieder selbst durch ungehemmte natürliche Bewegung gegen die im Blut befindlichen Feinde wehren, Zersetzungsschlacken und Harnsäure-Rückstände aus eigener Kraft ausscheiden. Machen Sie einen Versuch, noch heute. Der Frühling, die Zeit des neuen Säfteaufbaues ist dazu dankbar günstig.

Unser Präparat ist giftfrei, vollkommen unschädlich, von Autoritäten glänzend begutachtet und bequem in Kapseln einzunehmen. Begeisterte Dankschreiben solcher, die von ihrem Leiden gänzlich befreit wurden, liegen vor. Aerztliche Literatur gratis.

Versand des Präparates (Mk. 5,50) gegen Nachnahme oder Voreinsendung durch die Versandapotheke
F. FRIEDEMANN, Rheuma-Bad, AACHEN, (C 126) Harscampstr. 51



Zur Konfirmation
empfehle blühende
Topfpflanzen
in reicher Auswahl
Sermann Leue,
Gartenbaubetrieb

Reines fettes
Rindfleisch
und frische Flecke
empfehlen
Louis Richter

Prima frisches
Rindfleisch
und frische Flecke
empfehlen
Willi Höp

Alle Sorten **Strümpfe** zum
Stricken und
Anstricken
nimmt entgegen. Wolle kann mit-
gebracht werden, wird auch geliefert.
Müller, Weinbergstraße 23

Ein Würf Zettel
abzugeben bei
Wilhelm Heinrich

Empfehle von morgen ab
erstklassige hausgeschlachtene
Blut- u. Leberwürst
Fund 80 Pf.
Schweinefleisch
Fund 85 Pf. ohne Beilage
Gehacktes Pf. 95 Pf.
Rückenfett u. Schmeer
Fund 65 Pf.
Schinken z. Einpökeln
Fund 80 Pf.

Alfred Bachmann
Rüchekanten
empfehlen
Rich. Arnold, Kemberg

Eckendorfer
Riesen-Walzen (gelbe u. rote)
Fund 28 Pfennig
von 10 Fund 27 Pfennig

Lobbericher Möhrensaal
Seradella, schles. Rotklee
Sommerwicken
Weisserübensaat
Grassamen
sowie **fämfische**
Gemüse- und Blumen-
Sämereien

frisch eingetroffen bei
J. G. Glaubig.

Preuß.-Südd. Klassenlotterie
Ziehung 1. Klasse 20.
und 21. April
Lose in allen
Ab schnitten vorrätig.
1/8 1/4 1/2 1/1 Los
5,- 10,- 20,- 40,- RM
Staatlicher Lotterieleihnehmer
Messerschmidt
Wittenberg, Jadenstraße 1
Polizeif.-Konto Leipzig 13087
Verband nach außerhalb.

Für die überaus zahlreichen
Glückwünsche und Geschenke
zur Konfirmation unserer
Tochter Luise danken wir
herzlich.
Ferd. Heylmann u. Frau
Gaditz.



Einen solchen Ansturm haben die Läden kaum je erlebt! In vielen Fällen war Sanella schon nach ein paar Stunden restlos ausverkauft... Aber das ist ja auch erklärlich: noch nie gab es eine so wundervolle Margarine zu so niedrigem Preis! Von vielen tausend Hausfrauen wird jetzt Sanella begeistert verbraucht. Überzeugen Sie sich selbst und auch Sie werden zufrieden sein.



Ostertüten
in neuester Auswahl
Zum Füllen der Tüten billig:
Osterhasen :: Ostereier in allen Größen
Schokoladentafeln :: Konfekt :: Bonbons
Apfelsinen Stk. 5 Pf., 2 Stk. 15 Pf., Stk. 9, 10 u. 12 Pf.
Schiefertafeln — Schieferkästen — Schiefertifte
Konfirmationskarten — Eierfarben
Feinste geröstete Kaffees
1/4 Pfund 60 Pf., 70 Pf., 80 Pf., 90 Pf. u. 1 Mark
empfehlen
J. G. Glaubig.

Konfirmationskarten
auch an Wiederverkäufer
empfehlen in reicher Auswahl **Richard Arnold**
Für die vielen Aufmerksamkeiten, die uns anlässlich unserer Vermählung zu teil wurden, danken wir, zugleich im Namen beider Eltern, hierdurch herzlich.
Otto Hille und Frau
Margarete geb. Mackaus

Nachruf!
Montag abend verstarb mein ältester Arbeiter
Herr Wilhelm Pfuhl
50 Jahre hat der Verstorbene in treuer Pflichterfüllung und mit großem Interesse auf meinem Gut Meuro fleißig gearbeitet. Sein Andenken werde ich stets dankbar in Ehren halten.
Reinhard, den 25. März 1931.
Hertwig.

Als stets willkommene
Konfirmations - Geschenke
empfehle ich
Brief- und Aktenmappen :: Handtaschen
Portemonnaies, Reise- u. Stadtkoffer
Taschentuch- und Kragenkästen // **Toilette- und Taschenspiegel**
Handarbeiten // **Kölnisch Wasser**
:: Nähkörbe und Nähkästen :: // **:: Manieure und Kammkästen ::**
Brief- u. Kartenkassetten mit und ohne Namensaufdruck
Konfektkörbchen // **Bonbonieren**
und noch viele andere
:: hübsche Gebrauchsartikel ::
in reicher Auswahl und zu billigen Preisen
Richard Arnold :: Kemberg
Leipziger Straße und Markt

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Kemberg — Fernsprecher Nr. 203.



Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Alltägliche Unterhaltungsblätter“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsstörung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Pettzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamezeile 40 Pfg., Anzeigengebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe und unbedingte Gewährleistung oder durch Fernsprecher abgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagsgebühr: 10,- M., das Ausland, zusätzlich Postgebühr. Der Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 37

Donnerstag, den 26. März 1931

33. Jahrg

Das durch uns bestellte

trebsfeste Kartoffel-Saatgut

wird in Kürze vom Kornhaus Wittenberg geliefert werden. Die Kartoffeln sind an die Vorkäufer zu bestellen. Kemberg, den 24. März 1931.

36 Der Magistrat.

Bauholzverkauf in Oppin.

Wer im Stadtfort Oppin Bauholzflämme, einzeln oder in kleinen und größeren Vollen, kaufen möchte, wolle baldigst Angebote von Herrn Viegoedineten Kolbe einfordern. Kemberg, den 25. März 1931

37 Der Magistrat

Schlechtervertrag und Stillschließung.

Drei Minister reden im Reichstag.

Berlin, 24. März.

Präsident Seebke eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Eingegangen ist ein Antrag des ärztlichen Ehrengerichts auf Genehmigung zur Einleitung eines Verfahrens gegen den Abg. Dr. Moles (Soz.). — Der Antrag wird dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. Das Haus nimmt zunächst die dritte Lesung des Reichshaushaltplanes für 1931 vor.

Reichsfinanzminister Dietrich

macht sich den Kompromissantrag zur Frage der Sparermäßigung zu eigen. Er weist ausdrücklich darauf hin, daß sich diese Ermäßigung nicht erstreckt auf diejenigen Einkünfte, die auf geleglich festgelegten Ansprüchen beruhen. Diese Ansprüche können, wie er hervorhebt, nur auf dem von der Verfassung vorgesehenen Wege geändert werden.

Zu den Bedenken der Vertreter des Westens, daß die in den außerordentlichen Haushalt eingelegten 10 Millionen Mark für Weisheit deshalb vielleicht nicht zur Verfügung stehen könnten, weil der Verkauf der reichseligen Grundstücke möglicherweise nicht erfolgen könne, erklärt der Minister, daß mit dem Verkauf dieser Grundstücke wahrscheinlich doch zu rechnen sei.

Darauf werden die einzelnen Haushaltspläne zur dritten Beratung gestellt.

Beim Haushalt des Auswärtigen Amtes gibt Abg. Dr. Breisig (Soz.) eine Erklärung ab, in der er zu dem neuen Wirtschaftsabkommen mit Österreich betont, daß er eine laudable Beratung dieses Abkommens nicht für angebracht halte. Wir wollen auch nicht erörtern, ob der Schritt gegenüber den anderen Mächten diplomatisch in der richtigen Weise vorbereitet worden ist. Ich glaube, daß wir dem Zustand gegenüber feststellen können, daß weder der deutschen noch der österreichischen Regierung der Vorwurf zu machen ist, sie hätten sich vertragmäßig übernommenen Verpflichtungen entzogen oder ihnen zuwidergehandelt. (Beifall.)

Eine ernste Bemerkung haben wir über die Behandlung des Reichstags in dieser Angelegenheit zu machen (Zustimmung). Wir verstehen durchaus, daß solche Verhandlungen nicht auf offenem Markt geführt werden können, aber eine frühere Unterbrechung der deutschen Volkswirtschaft wäre doch wohl am Platze gewesen. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Redner fragt, warum die Regierung nicht den Auswärtigen Ausschuss des Reichstags unterrichtet habe, der doch nicht dazu da sei immer vor vollendete Taten gestellt zu werden, und bittet den Außenminister, in Zukunft bei ähnlichen Fällen etwas mehr Rücksicht auf die berechtigten Ansprüche des Reichstags zu nehmen. (Wichtige Zustimmung.)

Beim Haushalt des Reichsinnenministeriums

hebt Abg. Grube (Komm.) die Notwendigkeit hervor, der körperlichen Erziehung der arbeitenden Jugend mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die Sozialdemokratie aber stelle sich gegen den Arbeiterpartei. Abg. Mörbitz (Komm.) spricht von dem Stahlhelm als einer Bürgerkriegsorganisation der Bourgeoisie. Das Volk begehrt sie für die allgemeine Mobilisierung des Volkstums zum Kampf gegen die Arbeiterklasse.

Abg. Böhrig (Landvolk) stellt fest, daß die Beschimpfungen des Vorderebers den Stahlhelm nicht treffen könnten. Angenommen wird eine Entschliebung, in der die Landesregierungen erludt werden, die Verpflichtung zur Einstellung von Verlorungsanwärtern durchzuführen. Beim

Haushalt des Reichsarmsministeriums

verweist Abg. Schumann-Thüringen (Komm.) auf die letzten Verhandlungen der Regierung mit den Regierungsparteien. Schon wieder werde der Versuch gemacht, den neuen Milliardenbescheid durch weitere Einsparungen in Höhe von 600 Millionen Mark beim Sozialetat zu verringern. Abg. Eppink (Soz.) betont, daß die Kürzung der Mittel für den Wohnungsbau mit den in vorigen Jahre vom Reichstaat beschlossenen Richtlinien zum Wohnungsbau nicht

in Einklang zu sein, sei lei.

Ohne Ausnahme wird der Haushalt des Reichswehrministeriums in dritter Lesung erledigt. Die Bestimmungen über die Panzeroffizierskandidaten werden zurückgestellt. Sie sollen am Mittwoch erledigt. Ebenso soll am Mittwoch abgelehnt werden über einen impositiven von der kommunikativen Reichsfinanzminister eingebrachten Militäransatz gegen die Reichsregierung.

Abg. Chwalat (Komm.) bringt beim Haushalt des Reichsverkehrsministeriums Beschwörungen über die Bahnpolitik der Reichsbahn vor. Damit sind sämtliche Einzelhaushalte in dritter Lesung erledigt bis auf die Haushalte des Reichsfinanzministeriums, der allgemeinen Finanzverwaltung und den Kriegskostenhaushalt, die am Mittwoch behandelt werden sollen. In zweiter Lesung angenommen wird der Gelegenheitswurf gegen Waffenmischbrauch.

Der Redner zitiert aus der Rede des Verkehrsministers vom 19. Februar die Bemerkung, daß der Minister vom Abschluß des Schenker-Vertrages völlig überzeugt gewesen sei, und daß die Reichsfinanzverwaltung keine konkreten Fragen zu diesem Vertrag gestellt habe. (Beifall.)



auszudehnen, sobald die Erleichterung der Finanzlage des Reiches die Möglichkeit hierzu eröffne, eine Gewähr, daß von dieser Möglichkeit schon in nächsten Jahre auf weiten Gebieten Gebrauch gemacht werde, könne er jedoch nicht übernehmen. Zur landwirtschaftlichen Entschuldung erklärt der Minister, die Regierung habe die zahlreichen Pläne zur wirksamen Hilfe durch allgemeine Entlastung eingehend geprüft, sie aber verworfen müssen, da die sehr großen Mittel von etwa 321 Millionen Mark bei 3 v. H. Zinssatz des Einheitswertes aus der Reichskasse hierfür nicht zu beschaffen seien. Die Regierung habe deshalb an der Kredithilfe durch Darlehen mit planmäßiger Entschuldung festgehalten.

Trotz schwerer berechtigter Bedenken haben sich die Reichsregierung entschlossen, auf die Einnahmen aus der Industriearbeitslosenversicherung für die nächsten Jahre im Reichshaushalt zu verzichten. Dadurch lie die Möglichkeit gegeben, der Industriebank ein Zweidrittel von 500 Millionen Mark zur Ablösung der landwirtschaftlichen Personalschulden in den östlichen Gebieten zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sollten 200 Millionen Mark durch Schuldverschreibungen der Industriebank im Laufe des Jahres angelehnt werden.

Die bare Hilfe des Reiches beruhe auf Sachleistungen von je 36 Millionen Mark für die Haushaltsjahre 1931 bis 1933. Weiter sollten in den Jahren 1932 bis 1936 aus dem Reichshaushalt je 50 Millionen für den Landdaberauf verschuldeten Betriebe, zur Siedlung und zur forwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Der Minister betont die Einfachheit der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung bei der Prüfung der Entschuldungsanträge und erläutert die ausgegebenen Richtlinien.

Die Reichsregierung wolle sich bemühen, gerade auf besonders dem Kleinbesitz die erforderliche Hilfe anzubringen zu lassen. Die Reichsregierung müsse diese Opfer fordern, weil Stichtum des Offens das Sterben des Ganzen im Gefolge habe.

Abg. Warne (Str.) betont, daß für den Osten die landwirtschaftliche Siedlung eine staatspolitische Forderung ersten Grades sei, zumal angesichts der Politik Polens die Gefahr der Abwanderung immer größer werde. Es gelte im deutschen Osten eine zahlreiche Bevölkerung zu schaffen, die sich auf der Scholle nicht fähig sei, nicht die Heimat zu verlassen. Die Regierung möge sich leisten lassen von dem Motto: Dies Land bleibt deutsch!

Abg. Goerke (Komm.) führt die Not des Ostens auf eine verkehrte Regierungspolitik und besonders auf unzureichende Löhne für die Arbeiterklasse zurück.

Abg. Stelling (Soz.) erklärt, seine Fraktion habe sich die Aufgabe gestellt als das vorliegende Gesetz. Man habe nicht nur der Landbevölkerung, sondern der ganzen Wirtschaft des Ostens helfen wollen. Die Sozialdemokratie verlange, daß auch dem Klein- und Mittelbesitz geholfen werde.

Abg. Hönnes (Str.) schildert die besondere Notlage der Landwirtschaft und des Gewerbes in dem abgemauerten Ostpreußen.

Abg. Dr. Pfleger (Bayr. FR.) bedauert den Umfang des Reiches für das Ostpreußen aus dem Ostpreußen und aus den Grenzmitteln des Reiches auf weit über 1100 Millionen allein aus Reichsmitteln.

Reichsminister Treutmann erklärt, der Hugenbergsplan sei trotz der Fernbleiben der Beirater von der Regierung geprüft worden, aber die Prüfung habe die Undurchführbarkeit und Unpraktikabilität des Projekts ergeben. Abg. Grube (Str.) betont, bei der Durchführung dürfe nicht Breußen das Ubergewicht über das Reich haben.

Abg. Schütz (Komm.) verweist in der Ministerrede eine Würdigung der furchtbaren Notlage der Kleinbauern, Siedler und Erwerbslosen in Ostpreußen.

Abg. Hillebrand (Hospitant der Staatsp.) macht den äußersten Rechten den Vorwurf, daß sie durch ihr Verhalten den Ostpreußen den Verlust des Reiches verleihe und dadurch den Untergang vieler landwirtschaftlicher Existenzen herbeiführe.

Um 7.15 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr, vertagt.

Um die Vertagung des Reichstages.

Sitzung des Vorkommens.

Berlin, 25. März.

Der Vorkommensrat des Reichstages hielt eine Sitzung ab, der eine Besprechung des Präsidenten und einiger Vertreter der Parteien mit dem Reichskanzler vorausging. Hauptgegenstand der Beratungen des Vorkommensrates war die Frage der Reichstagsvertagung, über die aber noch keine Vereinbarung erzielt wurde.

Dem Vorkommensrat wurde der Wunsch der Regierung vortragen, den Reichstag bis zum Oktober zu vertagen. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, da verschiedene Fraktionen noch zu dieser Frage Stellung nehmen wollen. Es gilt aber als wahrscheinlich, daß eine Mehrheit für die Vertagung bis zu einem bestimmten Tag im Oktober zustande kommt. Eine frühere Einberufung des Reichstags wäre dadurch nicht unmöglich gemacht, da eine Mehrheit immer die Einberufung durchsetzen kann.

Der Arbeitsplan für die nächsten Tage ist vom Vorkommensrat im einzelnen vertagt, daß die Arbeiten des Reichstages am Freitag abgeschlossen werden können. Einige Reste und die Schlussabstimmung werden erst am Mittwoch erledigt. Weiter wurde im Vorkommensrat über den Antrag verhandelt, das Billow-Bild aus dem Reichstag zu entfernen. Der Vorkommensrat hat sich dahin geäußert, daß das Bild hängenbleibe.

Aus dem Preussischen Landtag.

Severing über die Reparationszahlungen.

Berlin, 24. März.

Im Preussischen Landtag griff der preussische Minister des Innern, Severing, bei der zweiten Beratung des Haushalts des Innenministeriums in die Aussprache ein, um sich zu verschiedenen von den einzelnen Rednern angestellten Fragen zu äußern. Er kam dabei auch auf die Reparationszahlungen zu sprechen und umriss seinen Standpunkt etwa wie folgt: Wenn die Reichsregierung, wie von den Reichsparteien gefordert werde, eine Erklärung abgeben würde, sie wolle nicht weiter zahlen, so müsse man sich doch fragen, wie die damit folgenden Maßnahmen der öffentlichen Meinung ausfallen würden. Ebenfalls habe die Regierung einen viel leichteren Stand bei künftigen Verhandlungen, wenn sie vorher den guten Willen zur Erfüllung beweisen habe.

Eine Regierung, die erkläre, sie wolle nicht erfüllen, könne auf Erleichterungen kaum hoffen. Es erhebe sich allerdings fraglich, ob nicht vielleicht die Reichsregierung ihren heute Schritte tun müsse, um eine Reaktion der Bevölkerung zu erzielen. Der Minister betonte die Behauptung als falsch, es hätte er in viel höhere Reparationszahlungen für möglich gehalten, als Ministerpräsident Braun im Landtag als äußerste Grenze angab. Er betonte, daß der Innenminister als rechter Folgeminister heute in erster Linie dafür zu sorgen hätte, daß die Gemeinden nicht unter der Last der Verschuldungserweiterung für einen Zusammenbruch. Wenn jetzt durch die Schritte der Regierung begründet würde, daß es den Deputados